

DIE ROTE PRESSE
Betriebszeitung für THYSSEN-Brackwede
Kommunistische Partei Deutschlands
März 1982
7. Jahrg

INHALT :

ROBOTER - Weniger Arbeitsplätze - mehr Profit !

Mit grossem Aufwand wurden vor einigen Wochen in B I bei Meister Klotz zwei "Robbys" in die Pressenstrasse eingebaut.

Diese beiden Automaten waren schon einmal vor einigen Jahren probeweise dort eingesetzt. Nachdem sie in der Zwischenzeit im feuchten Schuppen vor sich hin rosteten, mussten sie jetzt für viel Geld bei VW-Wolfsburg auf den neuesten technischen Stand gebracht werden, um dann, anlässlich einer Geschäftsbereichs-Tagung in Brackwede, den "hohen Herren" vorgeführt zu werden.

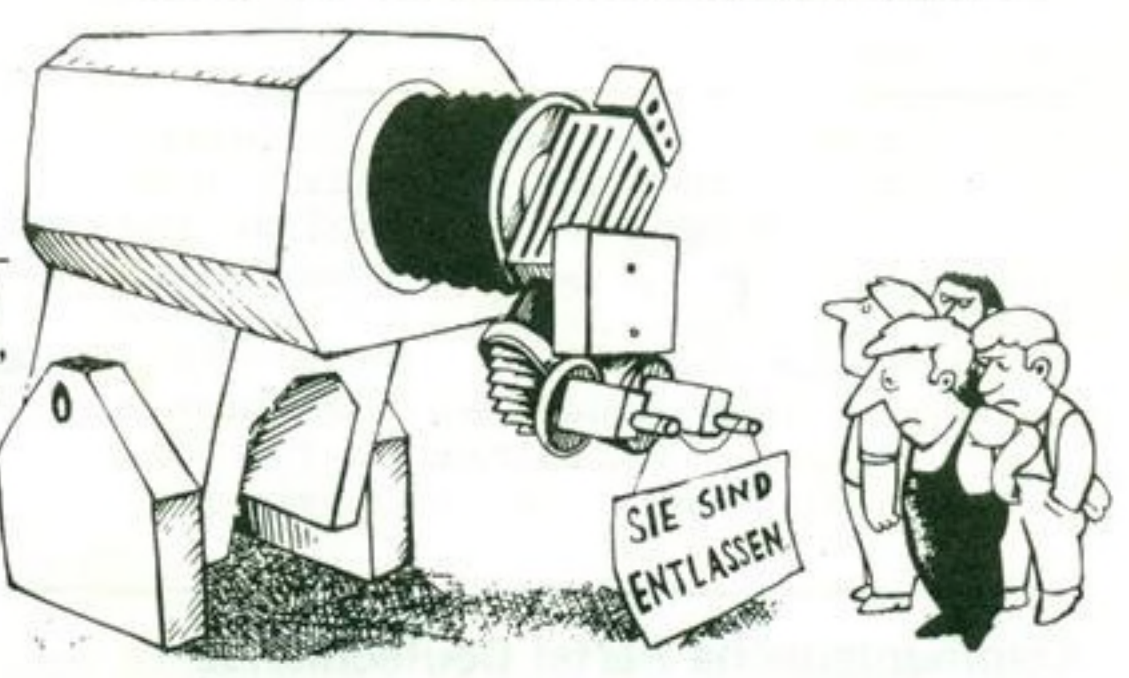
Diese "Robbys" sind darauf programmiert, die Pressteile aus der einen Presse zu entnehmen und ins Werkzeug der nächsten Presse einzulegen. So fallen ein bis zwei Arbeitsplätze pro Maschine weg.

Woanders, in der Daimler-Benz-Feritgung in B V (Fertigungsstrasse für Achsen) läuft schon seit fast 2 Jahren ein Schweissroboter. Der dort arbeitende Kollege schweisst die Teile nur vor. Bei seiner Arbeit muss er sich nach dem Tempo der Maschine richten, die die Arbeit weiterführt. Während die Programmierung und das Einrichten des Roboters von einem Spezialisten vorgenommen wird, fällt auch hier mindestens ein Arbeitsplatz weg.

Vorbereitungen zum Grosseinsatz

So konnte man neulich in der Zeitung lesen, dass bei den Werken von Audi in Süddeutschland 400 Roboter eingesetzt werden sollen. Auch bei Thyssen-Brackwede als wichtiger Zulieferer der Autoindustrie deutet alles darauf hin, dass der Robbter-Einsatz auf breiter Front vorbereitet wird: Im Betrieb V wird an der Stelle der bisherigen MAN-Rahmenfertigung eine stabile Stahlkonstruktion errichtet. Die Löcher werden 15 Meter tief gebohrt, man lässt sich die Sache etwas Kosten. Die eigentlichen "Akteure" sind ebenfalls schon eingetroffen. Es sind 20 Schweissroboter der neuesten Generation, mit denen das Herz der neu geplanten Ford-Toni-Fertigung aufgebaut wird. Hier sollen dann Schräglenker vollautomatisch geschweisst werden, wobei Arbeiter nur noch zum Beschicken der Maschinen sowie zur Aufsicht gebraucht werden.

Der qualifizierte Schweisser wird immer weniger gefragt sein, die Löhne der Kollegen, die an diesen automatischen Ma-



Der einsatz ist roboter-, aber nicht menschengerecht



Automatische Transporter-Fertigung bei VW: Punktschweißen mit Robotern

schinen und Anlagen das vorgegebene Arbeitstempo mitmachen müssen, werden - wenn auch erst mit der Zeit - im Lohn heruntergedrückt. Hinzukommt, dass oft mehrere Maschinen von einem Kollegen bedient werden müssen.
Unter dem Strich heisst das: Es werden mehr Teile mit weniger Leuten hergestellt (Erhöhung der Produktivität) bei gleichzeitiger Dequalifizierung gleich schlechterer Bezahlung der Kollegen. Auf diese Weise werden die hohen Investitionskosten in recht kurzer Zeit wieder hereingeholt.

Die notwendige Mitbestimmung des Betriebsrates - bei Thyssen findet sie nicht statt

Das Problem des Einsatzes von Robotern und überhaupt die immer schnellere technische Entwicklung auf der Grundlage der Mikroelektronik ist bei der Gewerkschaft nichts Neues. Seit Jahren wird in Gewerkschaftszeitungen nicht nur das Für und Wider dieser neuen Techniken diskutiert, ebenso die Auswirkungen für die Kollegen beschrieben und Beispiele gebracht, wie die Auswirkungen auf die Kollegen gemildert werden. So führte ja bekanntlich die IG-Druck- und Papier einen harten Arbeitskampf, um die Bedingungen bei der Arbeit mit der elektronischen Bildschirmtechnik.

Auch beim Vorstand der IG-Metall wurden diese Fragen eingehend untersucht und Handlungsmöglichkeiten für Betriebsräte und Vertrauensleute ausgearbeitet.
Fragen, die vor allem die Kollegen betreffen, die bislang qualifizierte Arbeit getan haben, jetzt an Roboter gestellt werden und Anlernarbeiten erledigen. Fragen der Lohnsicherung, der veränderten Arbeitsbedingungen, des Datenschutzes (Schutz vor kontinuierlicher Überwachung - Produktografen), Arbeitssicherheit.
Weder jetzt bei der Installation der Roboter, noch bei der im letzten Jahr erfolgten Einführung der EDV im Material- und Versandbereich, war eine Mitbestimmung des Betriebsrates spürbar.
Man hat sich gar nicht erst die Mühe gemacht, dies Problem aufzugreifen.
Wie gehabt also: Mitbestimmung heisst für die rechte Betriebsratsmehrheit Zustimmung zu den Plänenen von Thyssen, ganz im Sinne der Sozialpartnerschaft!



Arbeitgebertaktik bei rationalisierungen

Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
V.i.S.d.P.: M.Lenger / Eigendruck

KPD
Büro Bielefeld
Schildescher Str. 53
4800 Bielefeld 1

Vertrauensleute-Wahlen? - der IG-Metall

Wir verraten hier sicher kein Geheimnis, wenn wir erwähnen, dass bei Thyssen, wie in anderen Betrieben in diesem Frühjahr die Vertrauensleute-Wahlen der IG-Metall stattfinden.

Bis jetzt hat man jedoch nicht allzuviel davon bemerkt. Wo bleiben beispielsweise die Aushänge und Plakate, die von der IG-Metall-Zentrale in Frankfurt für die Wahlen vorbereitet worden sind? Wo sind den Kollegen die Mitglieder des Wahlausschusses bekanntgemacht worden? Aus welchem Grund soll wohl alles mehr oder weniger hinter den Kulissen ablaufen und wo soll überhaupt noch gewählt werden?

Die letzte Frage stellt man sich zwangsläufig wenn man sieht, nach welcher Methode gewisse Betriebsräte vorgehen, allen voran Baltasar Schell aus B I. Da werden von ihm eben gerade so viele Kandidaten aufgestellt, wie in den jeweiligen Bereichen zu wählen sind, wobei es meistens noch die bisherigen Vertrauensleute sind. Vorschläge von den Kollegen werden unter Anderem mit fadenscheinigen "Argumenten" zurückgewiesen wie: Es können keine Vorschläge mehr gemacht werden; oder bei ausländischen Kollegen, dass sie nicht gut genug Deutsch sprechen. Abgeschmettert wurden auf jeden Fall solche Vorschläge, die nicht nach dem Geschmack von Schell und Konsorten sind. Es ist ein Fall bekannt, dass in B I sogar ein Kollege, der schon mehrere Jahre Ver-

Vertrauensleutewahlen '82 in Bielefelder Metallbetrieben

Vertrauensleutearbeit notwendiger denn je

„Gewerkschaftliche Kraft gegen Unternehmermacht. Aktive Vertrauensleute notwendiger denn je", unter diesem Motto stehen die Vertrauensleutewahlen 1982.

In der Woche vom 8. bis 12. März wird in den Metallbetrieben unserer Verwaltungsstelle gewählt.

Neben den Betriebsratswahlen sind dies die wichtigsten organisationspolitischen Wahlen.

Die Wahlen finden nach den Richtlinien der IG Metall für die Vertrauensleutearbeit statt. Verantwortlich für die Durchführung und Vorbereitung der Wahl ist die Ortsverwaltung. Sie wird dabei aktiv vom örtlichen Vertrauensleuteausschuß unterstützt.

Kandidieren können nur Mitglieder der IG Metall, die mindestens ein Jahr Gewerkschaftsmitglied sind und satzungsgemäße Beiträge zahlen.

Gewählt werden sollten nur Kandidaten, die sich gewerkschaftlich engagieren und sich für die Durchsetzung der Rechte und Interessen der Kolleginnen und Kollegen einsetzen.

Zur Stärkung der gewerkschaftlichen Frauen-, Jugend- und Ausländerarbeit ist es notwendig, daß auch Frauen, Jugendliche und ausländische Kolleginnen und Kollegen kandidieren und gewählt werden. Die Kandidaten müssen bereit sein, an gewerkschaftlichen Bildungsmaßnahmen teilzunehmen.

Die Vertrauensleute müssen in den jeweiligen Wirkungsbereichen die gewerkschaftspolitische Bedeutung der Vertrauensleute mit den Mitgliedern diskutieren. Die Wahlentscheidung der Mitglieder bestimmt maßgeblich die Qualität der Politik der IG Metall.

Deshalb müssen sich alle bereits tätigen Vertrauensleute einer sachlichen Kritik ihrer bisherigen Arbeit ebenso stellen, wie neue Kandidaten ihre Vorstellungen begründen sollten.

Unser Ziel muß sein:

- kein Betrieb ohne aktive Vertrauensleute
- kein Betrieb ohne funktionierenden Vertrauenskörper.

Vertrauensleute haben in der letzten Tarifbewegung aktiv an der Vorbereitung und Durchführung von Warnstreiks mitgewirkt

aus:
metall
NR. 4/17. FEBRUAR 1982

Den Worten Taten folgen lassen !

trauensmann ist, auf diese windige Tour den Zugang zur Liste zu verwehren. In anderen Abteilungen mussten Kandidaten auf Druck der Kollegen auf die Vorschlagsliste aufgenommen werden. Eine Wahl muss nämlich nach den Richtlinien der IG-Metall nur dann durchgeführt werden, wenn mehr Kandidaten vorgeschlagen werden, für einen Bereich benötigt werden. Nach der Vorgehensweise von Schell ist die Wahl praktisch mit der Aufstellung der Kandidaten schon gelaufen.
Dass diese Mauscheltuor nicht nur als besondere Eigenart bei Thyssen vorkommt, sondern auch in anderen Betrieben praktiziert wird und oft ganz im Sinne der Ortsverwaltung ist, sei hier nur nebenbei bemerkt.

Wer eine solche Vorgehensweise befürwortet, betreibt, oder auch nur duldet, der hat alles andere als die Stärkung des Vertrauensleute-Körpers durch ehrliche, den Kollegen und der Gewerkschaftsbewegung verpflichtete Funktionäre, der hat alles andere als eine Verbesserung der gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben im Auge. Vielmehr geht den Drahtziehern solcher Machenschaften darum,Betriebsratsmehrheiten für die rechte, sozialpartnerschaftliche Politik durch einen ihr hörigen Vertrauensleute-Körper abzusichern.

Bei all diesem Geschiebe und im Dunkeln taktieren muss jedem ehrlichen Gewerkschafter der Kamm schwellen. Eine ganze Reihe von Kollegen haben angesichts solcher Machenschaften in den letzten Jahren das Zeug hingeschmissen. Nur verständlich, doch hilft der Masse der Kollegen das nicht weiter.
Deshalb rufen wir alle ehrlichen Kollegen auf, nicht zu resignieren, sondern zusammen mit allen ehrlichen und aufrichtigen Gewerkschaftern gegen diese offenen, gewerkschaftsschädigenden Umtriebe vorzugehen. Für die Vertrauensleute-Wahlen heisst das; Sich nicht davon abbringen lassen, weitere Kandidaten vorzuschlagen, und darauf bestehen, dass eine Wahl stattfindet..

Verbesserungsvorschläge:

BR Schell bekam 12000,- DM

Daß bei Thyssen großer Wirbel um das Verbesserungsvorschlagswesen gemacht wird, ist hinreichend bekannt. Innerhalb des Geschäftsbereichs Umformtechnik kommen die meisten Vorschläge aus Brackwede. Die Anzahl der Vorschläge ist die eine Seite, interessanter ist jedoch die andere Seite, nämlich die Frage: wie wird prämiert und wohin gehen die grossen Prämien.

Wie oft schon gab es bei einfachen Kollegen lange Gesichter, wenn es nach langen Mühen eine Anerkennungsprämie in Höhe von 50 oder 100 DM war und man dabei weiß, dass es der Firma wesentlich mehr gebracht hat.
Demgegenüber ist es nichts neues, daß gewisse Vorgesetzte ihre Vorschläge wesentlich besser bezahlt bekommen. Nicht nur daß Meister und Abteilungsleiter oder Techniker aufgrund ihres Wissens und ihrer Stellung den anderen gegenüber im Vorteil sind, sondern offenbar auch, weil es bei Thyssen in Punkto Verbesserungsvorschläge einen dicken Nasenfaktor gibt, so etwas nach dem Motto: Wenn schon einer ein ansehnliches ~~Gehla~~ Gehalt hat, sollen auch seine Verbesserungsvorschläge entsprechend belohnt werden.

Als Beispiel aus den letzten Monaten ist wieder einmal der Betriebsrat Schell aus B I zu nennen. Für einen Vorschlag, der die Längsträger-Coilanlage betraf, erhielt er sage und schreibe DM 12.000. Nicht nur, daß die Durchführbarkeit dieses Vorschlags von den Betroffenen stark angezweifelt wird und es zu hören war, daß der Vorschlag schon wieder im Papierkorb gelandet sei.

Verbesserungsvorschläge

Aufmerksam sollte man angesichts der Tatsache werden, daß Schell schon einmal eine Prämie für einen Verbesserungsvorschlag in ähnlicher Höhe eingesteckt hat.

Ebenfalls 12.000 DM bekam aus der Verwaltung H. Kessler, rechte Hand des "weißen Riesen" Möller - Sachbearbeiter für Lohngestaltung. Kessler hatte mit seinem Vorschlag an der Langträger-Nieterei Arbeitsplätze eingespart. Die restlichen Kollegen müssen jetzt die Arbeit mit zusätzlich erledigen.
Mit nur 6.000 DM mußte sich ein Vorarbeiter aus der Schlosserei begnügen. Er hatte ebenfalls einen Vorschlag im Zusammenhang mit der Längsträger-Fertigung, an den Wachanlagen, eingereicht.

Ganz schlecht kann einem werden, daß der Betriebsrat Schell, als solcher ja eigentlich Interessenvertreter der Kollegen, schon wieder dabei ist. Man fragt sich nicht nur, wie unabhängig dieser Mann gegenüber der Geschäftsleitung noch sein kann, ja viele sprechen angesichts der fetten Prämien von Bestechungsgeldern.

dung- STOP - Letzte Meldung- STOP - Letzte Meldung- STOP - Letzte Meldung- STOP
Meister Weber, aus Betrieb I, erhielt 13.000,- DM N a c h z a h l u n g !!!

KIZIL ŞAFAK

REAGAN DEFOL !

9 Haziran'da ABD emperyalizminin elebaşısı Reagan Bonn'a gelmek istiyor. Federal Alman Hükümeti'nin zorlamasının sonucu 10 Haziran'da Brüksel'de yapılması öngörülen NATO zirve konferansı, Bonn'a aktarıldı. Ayrıca Reagan konferanstan bir gün önce, yani 9 Haziran'da Bonn'a gelerek Başbakan Schmidt ile özel bir görüşme yapmak istemekte. Bonn Hükümeti ise tüm gücüyle NATO'ya sadıklığını sürdürmekte, Reagan'ın caniyane atom savaşı rotasının uyduluğunu yapmaya devam etmektedir.

KPD Batı Almanya'da bulunan tüm yerli ve yabancı barışsever güçleri Reagan'a karşı düzenlenecek yürüyüşe katılmaya çağırıyor.

NATO zirve konferansının Bonn'da yapılmasının kararlaştırılması ile; ABD emperyalizminin denetiminde NATO saldırgan paktı tarafından izlenen silahlanma ve savaş hazırlıklarına karşı olan Batı Almanya'daki güçlerin provoka edilmesi amaçlanmaktadır.

Zirve görüşmesinin Bonn'da yapılması konusunda Schmidt ve Genscher anlaştıktan sonra Madrid'de yapılan Avrupa'da Güvenlik ve İşbirliği Konferansı'nda Alman Dışişleri Bakanı Genscher ABD'li meslekdaşı Haig'le Konferans'ın yerinin değiştirilmesi üzerine görüştü ve onun onayını aldı. Haig, Genscher'in Konferans'ın yerinin değiştirilmesi üzerine yaptığı bu teklifi memnuniyetle kabul etti. Çünkü ABD'nin de Bonn Hükümeti'nden istediği böylesi bir uyduluk görüşünü belirtmekten başka bir şey değildi. ABD emperyalistleri tam da şimdi daha fazla Varşova Paktı'na karşı harekete geçebilmek için Bonn Hükümeti'nin sadıklığına gerek duymaktadır.

Reagan Bonn'a gelmeyi; kendisine karşı yapılacak bir yürüyüşte çıkabilecek tüm tehlikeleri bile göze almaktadır. Çünkü bu Reagan Hükümeti'nin izlediği çıplak kışkırtmacı rota ile uyum içerisindedir.

ABD emperyalist çetesinin sözçüleri son dönemlerde oldukça sert bir şekilde kamuoyu önünde Bonn Hükümeti'nin eleştirerek, onun ittifak anlaşması çerçevesinde yüklendiği görevlerini yeterli bir şekilde yerine getirmediğini, silahlanma için az yatırım yaptığını belirttiler. Onlar olağanüstü bir sertlikle "tarafsızlık hayaletine" karşı çıktılar. Ayrıca Bonn Hükümeti'nin Batı Almanya'da "Amerika'ya karşı seslerin çıkarılmasına" izin vermesine karşı hiddetlerini dile getirdi ve 10.10.1981 yılında Bonn'da yapılan barış yürüyüşüne ateş püskürdüler.

İşte Bonn Hükümeti, ABD süper devletinin bu tereddütünün haksız olduğunu göstermek için yoğun bir çaba harcamaktadır. Bunun için de o, ABD'ye olan ittifaka bağlılığını her ne pahasına olursa olsun ispatlamak istemektedir. İşte bu günlerde de Reagan ve tüm dünyaya gösterilmek istenen de budur.

ABD emperyalist çetesinin elebaşısı Reagan'ın Bonn'a gelişine karşı düzenlenecek protesto yürüyüşü iki noktayı belirleyecektir:

Birincisi; Bonn Hükümeti'nin emsalsiz bir NATO politikasına Batı Alman halkını çekip çekemeyeceğini, ikincisi; ise Schmidt'in Almanya'da yaşayan insanların adına konuşma hakkının olup olmadığını gösterecektir.

Ancak yürüyüşün ardından ve esnasında bu izlenimin oluşması bizlere bağlıdır. Eğer bugün tüm barış güçleri bütün gücünü seferber ederek harekete geçerse, bu Schmidt'in kafa üstü yere düşmesi demektir.

Bütün gücümüzü seferber etmek için harekete geçelim! Bizim, ne NATO'nun ne onun elebaşısı ABD'nin ne de uyduları Bonn Hükümeti'nin çılgınca silahlanma ve savaş rotasını izlemeyeceğimizi gösterelim!

Bonn'da yapılacak bu görüşme ile Batı Almanya kayıtsız şartsız NATO siyasetinin tam bir uygulayıcısı durumuna getirilmek isteniyor.

İşte bu, Batı Almanya'nın NATO'dan çıkmasını ve kendisini tarafsız ilan etmesini talep etmemiz ve bu talebi yaygınlaştırmamız için iyi bir ortamdır. Öyleyse bunun için biz Türkiyeliler de bu yürüyüşün ABD emperyalizmine indirilen bir darbe olması için tüm gücümüzü seferber edelim.

Neue Heimat skandalı ve sınıf sendikacılarının tavrı

"Kızıl Şafak"ın geçen sayısında DGB cihazına ait Neue Heimat şirketi skandalını ele almıştık. Bu sayıda ise sendikacıların ve sendika üyelerinin buna karşı tavrının ne olması gerektiğini ve bu skandalın bugünkü koşullar altında piyasaya sürülmesinin sınıf sendikacıları için hangi siyasi anlamı taşıdığına ve bu soruna nasıl yaklaşılması gerektiğine değineceğiz.

Neue Heimat skandalı bir taraftan bu şirketin kapitalist konut şirketlerinden farklı olmadığını ve bunun bir "sosyal" konut şirketi ile en küçük bir bağının dahi olmadığını gösterirken, öte yandan ise DGB cihazının baş yöneticilerinin mali sermaye ile ne kadar kaynaştıklarını açıkca ortaya koymaktadır. DGB'nin baş yöneticileri bilâkis kendileri bir dizi şirketin sahibidirler. Onların sahibi oldukları bazı şirketlerin isimlerini şöyle bir sıralayalım: Neue Heimat, Bank für Gemeinwirtschaft (Bu banka bugün Almanya'da 4. büyük bankadır), Coop, Volksfürsorge Sigortası vs. Bu şirketlerde toplam olarak 100 000'e yakın emekçi çalışmaktadır. Yani sorunu kısaca şöyle ifade edecek olursak, bugün DGB'nin baş yönetecileri birer kapitalisttirler.

Neue Heimat konut şirketinin yönetcilerinin çeşitli yollarla kendilerine şahsi servet edinmeleri ve binlerce kiracıyı dolandırmaları, onlarında kapitalist şirketlerden bir farkının olmadığının en açık ispatıdır. Açığa çıkan tüm olgular Partimiz KPD'nin DGB cihazının baş yöneticileri üzerine olan şu görüşünü bir kez daha doğrulamaktadır:

"DGB cihazının baş yöneteciları emperyalist devlet cihazı ve doğrudan mali sermaye ile kaynaşmıştırlar. Sendika yönetimi giderek daha da artan bir şekilde sendika paralarını mali sermaye ile ortak ekonomik işler için harcamaktadır. DGB yönetimi Batı Almanya ve Batı Berlin'in en büyük tekellerinden birine hakimdir.

(Almanya Komünist Partisi Programı s. 104-105)

Peki bu skandalı sınıf sendikacıları nasıl ele almalı? DGB sendikasından ayrılmalılar mı? Hayır kesinlikle. Çünkü bu skandal, DGB cihazının baş yöneticilerinin kapitalizm ile kaynaşmasının, onların izlediği sınıf uzlaşmacı çizgisinin kaçınılmaz bir ürünüdür. Bundan dolayı da sınıf sendikacılarının görevi, DGB sendika patronları tarafından izlenen çizginin kökten değiştirilmesini ve DGB çizgisinin sınıf mücadeleci bir çizgi olmasını sağlamaktır. Şimdi sendikalarımızın işçi sınıfının gerçek bir mücadele aracı olması için mücadeleyi daha da yoğunlaştırmalayız.

Sendika üyeliğinden ayrılmak yerine, RGO'nun da Neue Heimat skandalına ilişkin çıkardığı bildirisinde ele aldığı gibi, sendikalar içerisinde Devrimci Sendika Muhalefeti (RGO) çizgisini güçlendirmeli, işçileri daha fazla bu çizgiye kazanmalı, sendikalar içerisinde RGO'nun sınıf mücadeleci çizgisini hakim kılmalı ve sendikaların baskı, sömürü ve sermayeye karşı işçi sınıfının gerçek bir mücadele örgütü, bir mücadele okulu olmasını sağlamalıyız.

Şimdi sorunun diğer yanını ele alalım. Geçen sayımızda da belirttiğimiz gibi bu skandalın bugün gün ışığına çıkarılması tesadüfi bir şey değildir. Bunun için biz sorunu siyasi olarak ele almalı ve içinde bulunduğumuz koşullarla bağını kurmalıyız. Peki içinde bulunduğumuz koşullarla bağı kurmak ne demektir? Bu bizim tüm bu gelişmelerin artan işsizlik, sosyal hakların kısıtlanması; kısacası hakim sınflarin içine düştükleri buhranın faturasını emekçi halka ödettirmek istemeleriyle bağını kurmamız gerektiğine işaret etmektedir. Ancak kapitalistler buhranın yükünü emekçi halkın ve işçi sınıfının üzerine yıkabilmek için önlerinde parçalanmış, örgütsüz bir işçi sınıfının olmasını istemekteler. Bunun için de Neue Heimat skandalı bugün piyasaya sürülüyor. Bununla işçilerde yılgınlığın yaratılması ve onların sendika saflarını terketmeleri amaçlanmaktadır. Bunu başarabilmek içinde tüm gerici basın kollarını sıvayarak sendikaya karşı kışkırtma kampanyaları başlattılar.

İşçi sınıfını sendikalardan soğutmak ve onların sendika üyeliğinden istifa etmesini sağlamak için yoğun bir çaba sarfedildi ve hala da öyledir. Biz, yukarıda da belirttiğimiz gibi Neue Heimat skandalının tesadüfi bir olgu olmadığını görmeli, onu DGB baş yöneticilerinin devlet cihazı ve sermaye ile kaynaşmalarının bir ürünü olarak ele almalı ve bu skandalı siyasi olarak mahkum etmeliyiz. Çünkü bu skandal işçi sınıfının ve onun sendikasının bir skandalı değildir, aksine o kapitalizmin burjuva sendikacılarını nasıl biçimlendirdiğinin bir olgusu ve dolayısıyla kapitalist sınıfın bir skandalıdır.

Bunun içinde kapitalist sınıfın çıkarı kendi sisteminin bir hastalığını açığa çıkarmakta değil, aksine onun çıkarı bugün yukarda saydığımız olgulara karşı işçi sınıfının ve sendikal hareketin zayıflatılmasında yatmaktadır.

Batı Alman hakim sınıfları ve onların basını bu skandalı kendi çirkin planları için kullanmayı amaçlamaktalar. Onlar işçilerde bu tür sendika yöneticilerine karşı olan nefreti körüklemek, sendika saflarında yılgınlık yaratmak, sendika düşmanlığı körüklemek istemekteler. Bunu başarabildikleri oranca, işçi sınıfına karşı saldırılarını daha da yoğunlaştıracaklardır. Bunun için Batı Alman tekelci burjuvazisinin bu çirkin planının üzerine biz sınıf bilinçli sendikacılar ve sendika üyeleri kalın bir çizgi çekmeli, bir taraftan sendika patronlarının bu çirkin entrikalarını teşhir ederken, öte yandan ise yılgınlığa kapılmak ya da ayrılmak yerine sendika patronlarına olan kinimizi mücadeleye dönüştürmeli ve sendikaları işçi hareketinin bir mücadele örgütü yapmalıyız. Aksi yönde atacağımız her adım kapitalistlerin değirmenine su taşımak olacaktır.

(„Skandal um Neue Heimat und die Haltung der Klassengewerkschaftler dagegen")

Solidarität mit Solidarność!

Stoppt die kalten Krieger!

Seit bald zwei Monaten herrscht in Polen die Diktatur der Militärs, ist die Gewerkschaft Solidarität verboten, befinden sich Tausende Gewerkschafter in Haft, stehen Panzer in der Nähe der Fabriktore einsatzbereit. Kriegsrecht. Reaktionäre, arbeiterfeindliche Kreise wie die katholische Reaktion, wie die westlichen Monopole und Banken haben nichts zu befürchten. Denn der Krieg, den die herrschende Klasse Polens, die Jaruzelski, Olszowski, die Generäle und Parteibonzen führen, ist ein Krieg gegen die polnischen Arbeiter, die polnischen Werktätigen. Und warum?

Weil die polnische Arbeiterklasse nicht länger bereit war, mit immer neuen Opfern die Krise in Polen zu bezahlen, während eine Handvoll Bonzen in Polen und in der Sowjetunion, aber auch westliche Kapitalisten, sich auf ihre Kosten bereicherten. Ist es nicht ein bodenloser Zynismus, wenn die polnischen Militärs angesichts dieser Tatsachen auch noch zu behaupten wagen, daß sie mit ihrer Panzerdiktatur die Interessen der Arbeiterklasse, des Sozialismus verteidigen?

Tatsächlich hat die Errichtung der Militärdiktatur kein anderes Ziel, als der herrschenden Klasse auch für die Zukunft Reichtum und Macht zu garantieren und das bestehende staatskaptalistische System in Polen gegen die kämpfende Arbeiterklasse zu verteidigen.

Polnische Lösung?

Bürgerliche Kommentare halten der Diktatur der Militärs in Polen zugute, daß es sich immerhin um eine „polnische Lösung" handele und nicht um eine sowjetische Invasion. Und auch manche Kollegen haben aufgeatmet, als es nicht zu dem vor allem von „Bild" immer wieder prophezeiten Einmarsch sowjetischer Truppen kam, sondern „nur" zu einem Aufmarsch polnischer Militärs. Denn der Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen, das wäre nach Meinung vieler gleichbedeutend gewesen mit der akuten Gefahr eines Krieges zwischen den beiden Supermächten, den USA und der Sowjetunion.

Tatsächlich war niemand weniger an einem Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen interessiert als die Sowjetunion selbst. Denn Polen ist nicht die CSSR. Ein Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen hätte den offenen, blutigen Bürgerkrieg in diesem Land und schwer absehbare Protest- bzw. Solidaritätsbewegungen in anderen Ländern des Warschauer Paktes hervorgerufen. Deshalb entspricht die gegenwärtige sogenannte polnische Lösung viel mehr den Interessen der Sowjetunion. Was eben nicht bedeutet, daß sie damit nichts zu tun hat. Denn natürlich handeln die polnischen Militärs in voller Übereinstimmung mit den sowjetischen Sozialimperialisten. (Was natürlich auch nicht heißt,



daß eine sowjetische Invasion in Polen für alle Zeiten ausgeschlossen ist.)

Die Interessen der kalten Krieger

Dafür waren andere imperialistische Kräfte sogar sehr stark an einem Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen interessiert. Sie haben in den Monaten vor der Errichtung der Militärdiktatur in Polen keine Mühen gescheut, eine solche Invasion geradezu herbeizuschreien. Die Rede ist von den US-Imperialisten und von den kalten Kriegern in der Bundesrepublik, Strauß und seinen Gefolgsleuten, die reaktionären Kreise der katholischen Kirche eingeschlossen. Das allein spricht übrigens schon Bände darüber, was von ihrem gegenwärtigen Solidaritätsgeschrei mit den polnischen Arbeitern zu halten ist. Denn daß es bei einem Einmarsch sowjetischer Truppen nicht nur einige tausend Verhaftungen, sondern auch Blutvergießen gegeben hätte, das ist ja wohl klar.

Aber einige tausend ermordete Gewerkschafter mehr oder weniger, das ist eben nicht das Problem dieser Herren. Schließlich stört es sie ja auch nicht, wenn in der Türkei Arbeiter und Gewerkschafter zu Tausenden eingesperrt, gefoltert und hingerichtet werden; wenn in Argentinien, in Chile, in El Salvador täglich das Blut von Arbeitern vergossen wird. Nein, der US-Regierung und den kalten Kriegern in der Bundesrepublik geht es heute genauso wenig um die Interessen der polnischen Arbeiter wie es ihnen vor zwei Jahren

um die Interessen des afghanischen Volkes ging. Für sie sind die Ereignisse in Polen vielmehr ein willkommener Anlaß, um im Rahmen ihrer Weltmachtpläne und ihrer revanchistischen Ziele den kalten Krieg gegen die Sowjetunion zu schüren. Und dafür hätte sich natürlich eine sowjetische Invasion in Polen noch besser geeignet als die jetzige sogenannte polnische Lösung.

Um der Gefahr eines neuen „heißen" Krieges, eines Weltkrieges zwischen den beiden Supermächten und ihren Blöcken zu begegnen, kommt es aktuell darauf an, eine weitere Eskalation des kalten Krieges zu verhindern. **Es darf den kalten Kriegern in Washington und bei uns nicht gelingen, die Solidaritätsbewegung mit dem polnischen Volk vor den Karren ihrer gefährlichen Machtpolitik zu spannen.** Das ist auch ein Gebot der Solidarität mit dem polnischen Volk. Polen ist bereits einmal von deutschen Truppen „befreit" worden. Soll es noch einmal so weit kommen?

Die Armut in Polen ist keine Naturkatastrophe

Glaubt man den Verlautbarungen verschiedener Politiker und vor allem der beiden großen Kirchen, dann ist das gegenwärtige Hauptproblem der polnischen Arbeiter der Hunger. Ist das so? Sicher, die polnischen Läden sind leer. Es fehlt an allem möglichen. Aber warum? Weil nichts da ist? Das behaupten die polnischen Militärs, die die Errichtung der Militärdiktatur ja unter anderem damit begründen, daß die polnischen Arbeiter erstmal wieder arbeiten müßten, bevor von einer Verbesserung des Lebenstandards die Rede sein könne; wo nichts sei, könne man eben auch nichts holen.

Wie reimt sich das aber damit zusammen, daß die polnische Landwirtschaft im letzten Jahr die Produktion sogar steigerte? Wie reimt sich das damit zusammen, daß man zahllose Lebensmittelpakete, die gegenwärtig nach Polen verschickt werden, mit polnischen Gänsen, Enten, Schweinefleischdosen usw. aus deutschen Geschäften vollpacken könnte? Nicht umsonst war eine der wichtigsten Forderungen der Gewerkschaft Solidarität an die polnische Regierung, den Export der polnischen Lebensmittel ins Ausland zu stoppen bzw. zu verringern.

Denn die Armut in Polen ist keine Naturkatastrophe. In Polen herrscht Armut für die breite Masse der Bevölkerung, weil — wie in den westlichen kapitalistischen Ländern auch — der gesamte Reichtum des Landes ausschließlich einer Handvoll Menschen zugutekommt, der neuen Bourgeoisie. Wobei sich an den Werten, die die polnischen Arbeiter schaffen, außer den polnischen Bonzen im übrigen nicht nur die Herren in Moskau, sondern auch westdeutsche Monopol- und Bankherren bereichern. Nicht umsonst zeigte Bundeskanzler Schmidt sofort viel Verständnis für die Errichtung der Militärdiktatur in Polen. Für die hinter ihm stehenden Kapitalkreise stehen immerhin 300 Millionen Mark allein an Kreditzinsen auf dem Spiel ...

Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse

Lebensmittelpakete können deshalb bestenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein sein. **Was vor allem not tut, ist die volle und uneingeschränkte Solidarität des DGB und aller fortschrittlichen Kräfte mit dem revolutionären Klassenkampf der polnischen Arbeiterklasse.** Aber davon wollen nicht nur die deutschen Unternehmer nichts hören. Eine solche Solidaritätsbewegung paßt auch den Politikern und der DGB-Führung nicht in den Kram. Denn sie haben noch nicht vergessen, daß zu Beginn der Streiks in Polen in deutschen Betrieben das geflügelte Wort umging: Wenn die Unternehmer mit uns japanisch sprechen, dann wollen wir polnisch antworten.

Tatsächlich ist dies, daß die Arbeiterklasse in der Krise kämpfen muß, wenn sie nicht bis aufs Hemd ausgezogen werden will, eine Sache, die wir von den polnischen Arbeitern lernen können. Die — hoffentlich vorübergehende — Niederlage, die die polnische Arbeiterbewegung trotz ihres heldenhaften Widerstandes in den großen Betrieben erlitten hat, widerlegt das keineswegs.

Die polnischen Arbeiter haben es nicht „zu weit getrieben", wie manche Kollegen heute meinen. Der Fehler der polnischen Arbeiterbewegung bzw. der Führung der Solidarität war nicht, daß sie zu viel gefordert und zu viel gekämpft haben, sondern daß sie Illusionen über den reaktionären Charakter der herrschenden Klasse in Polen hatte, daß sie falschen Freunden wie z. B. der katholischen Kirche vertraut haben. Deshalb standen sie dem brutalen Einsatz nackter, reaktionärer Gewalt durch die Errichtung der Militärdiktatur im Endeffekt zwar nicht kampflos, aber wehrlos gegenüber.

Auch daraus müssen wir lernen: Um im Klassenkampf gegen die bis zum Äußersten entschlossene herrschende Klasse siegen zu können, braucht die Arbeiterklasse nicht nur eine Gewerkschaft und einzelne mutige Arbeiterführer, sondern eine kommunistische Partei, die in der Lage ist, dem Kampf eine klare Perspektive zu geben, legale und illegale Kampfformen miteinander zu verbinden und die die Arbeiterklasse darauf vorbereitet, den Einsatz reaktionärer Gewalt durch die Ausbeuterklasse mit der revolutionären Gewalt der Arbeiterklasse, des Volkes, zu beantworten.

Was können wir tun?

Organisieren wir die gewerkschaftliche Solidarität mit d[illegible] polnischen Kollegen. Der DGB muß der Gewerkscha[illegible] Solidarität endlich die nötige moralische und finanzielle Unterstützung gewähren! Kämpfen wir gegen den Versuch, auf dem Rücken der polnischen Arbeiter den kalten Krieg zu schüren. Die Freunde der Junta in der Türkei und in Chile haben kein Recht, sich als Freunde der polnischen Arbeiter zu bezeichnen. Arbeitersolidarität ist unteilbar!

Informiert euch über die KPD

Schickt mir bitte kostenlos

- ☐ Programm
- ☐ Statut
- ☐ Broschüre „Was will die KPD ?"
- ☐ „Roter-Morgen"-Probenummer
- ☐ Flugblätter
- ☐ Besucht mich bitte einmal.

Ausschneiden und einsenden an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS — KPD